

MEDIENMITTEILUNG

Thun, 28. Juli 2017

Die EDU setzt sich gegen verdeckte Förderung von Menschenrechtsverletzungen ein

Das UNO-Menschenrechtskomitee verabschiedete am 24. Juli 2017 einen Bericht zur Menschenrechtssituation in der Schweiz. Die EDU nimmt nicht mit Erstaunen, aber einmal mehr mit Befremden Kenntnis davon, wie ein UNO-Organ im Namen angeblicher Menschenrechte fundamentale freiheitliche Werte und verbrieftete Menschenrechte unterwandert. Die EDU ruft deshalb Schweizer Politiker auf, UNO-Forderungen jeweils auf ihren ideologischen Gehalt und ihre rechtsstaatlichen Folgen zu prüfen.

Der Kampf gegen Zwangsheiraten, gegen Genitalverstümmelungen der Frauen, gegen den Menschenhandel, gegen Folter und andere zivile oder willkürliche Gewalt etc. gehört zu den Anliegen, die dem Schweizer Staat, dem UNO-Menschenrechtskomitee und der EDU gemeinsam am Herzen liegen. Die EDU betont jedoch mit Besorgnis, dass andere Empfehlungen und Forderungen des Berichts dieses Komitees vom 24. Juli 2017 den Menschenrechten direkt zuwiderlaufen.

Förderung verdeckter Menschenrechtsverletzungen

Das Komitee lobt in seinem Bericht die Schweizer Einführung des **Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Paare**. Dass das Kind damit bewusst um einen biologischen Elternteil gebracht wird und damit ein fundamentales Recht des Kindes aufs Größte verletzt wird, bleibt unerwähnt.

Das Komitee empfiehlt, die Schweiz solle die **sexuelle Orientierung und die Gender-Identität als Kriterien in die Diskriminierungsgesetzgebung** aufnehmen. Eine solche Erweiterung der Gesetzgebung würde jedoch aus Sicht der EDU die freie Meinungsäusserung und damit ein Menschenrecht massiv einschränken, weil jegliche Kritik an gewissen sexuellen Praktiken von gewissen Interessenverbänden vor Gericht gebracht würde. Die bereits bestehenden politischen Forderungen nach einem Verbot von Beratungsangeboten für Personen, die aus ihren sexuellen Praktiken aussteigen wollen, zeigen, wie die Freiheit der Menschen im Namen der Anti-Diskriminierung auf gravierende Weise weiter beschnitten werden soll. Weiter bemerkt die EDU, wie eine selbsternannte Gender-Identität entgegen den natürlichen Gegebenheiten zu einer sozialen Anarchie führen wird. Die Opfer werden ihre Rechte auf persönliche Integrität in der Familie, Schule und im sonstigen öffentlichen Raum nicht mehr geltend machen können.

Mit dem Ziel der **Mann-Frau-Parität** in öffentlichen Gremien, in halbstaatlichen Unternehmen und in börsenkotierten Unternehmen widerspricht das Komitee einerseits seiner eigenen Gender-Ideologie, wonach nicht das physische Geschlecht zähle, sondern die Gender-Identität. Weiter wird die Entscheidungsfreiheit der wählenden Organe massiv eingeschränkt, weil nicht mehr das Abwägen von Qualifikationen, sondern Quoten der entscheidende Faktor werden müssten.

Im Gegensatz zum UNO-Menschenrechtskomitee sieht die EDU in der 2009 vom Schweizer Volk angenommenen Initiative „Gegen den **Bau von Minaretten**“ einen wichtigen Schritt zum Erhalt der **EDU Schweiz**



Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

freiheitlichen Werte in der Schweiz. Mit diesem Volksentscheid wurde der Förderung von radikalem, undemokratischem und diskriminierendem Gedankengut eine äusserliche Schranke entgegengestellt. Dasselbe gilt für die ebenfalls kritisierte laufende Initiative „Ja zum Verhüllungsverbot“.

Menschenwürde und Menschenrechte erhalten

Die EDU setzt sich dafür ein, dass in unserem Rechtsstaat die freiheitlichen Werte und die Menschenwürde weiterhin bewahrt werden. Internationalen Organisationen gegenüber sollen diese Werte durch die Schweizer Behörden angemahnt werden – die oft totalitären Interessen der Mehrheitsstaaten in UNO-Gremien sollen durchschaut und abgelehnt werden. Die im biblischen Menschenbild fassende Menschenwürde und persönliche Freiheit soll nicht durch zerstörerische Ideologien ersetzt werden.

Für weitere Auskünfte:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37

Alt Grossrat Martin Friedli, GL-Mitglied, 079 848 97 96

Roland Haldimann, Vizepräsident EDU Schweiz, 079 435 36 40

EDU Schweiz

Zentralsekretariat / Secrétariat central, Postfach 43, 3602 Thun, Tel. 033 222 36 37, Fax 033 222 37 44
PC 30-23430-4, www.edu-schweiz.ch, info@edu-schweiz.ch